

# K-7

**Titel** Still not loving GroKo – Auswirkungen der GroKo auf die Gesellschaft und Partei

**AntragstellerInnen** Landesvorstand

**Zur Weiterleitung an** SPD Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Still not loving GroKo – Auswirkungen der GroKo auf die Gesellschaft und Partei

- 1 Der Eintritt in die GroKo
- 2 Die krachende Wahlniederlage bei der Bundestagswahl im September 2017 markiert für viele den Beginn der  
3 nicht enden wollenden Talfahrt der SPD. Die SPD erreichte mit 20,5 % ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei  
4 einer Bundestagswahl überhaupt. Noch am Wahlabend verkündete Martin Schulz die SPD stehe, angesichts  
5 ihres Ergebnisses bei der Bundestagswahl, „für den Eintritt in eine große Koalition nicht zur Verfügung“. Nach  
6 den gescheiterten Sondierungsgesprächen zwischen CDU/CSU, Grünen und der FDP brach diese die Verhand-  
7 lungen überraschend ab. Die Sondierungen für eine Jamaika Koalition sind gescheitert.
- 8 Nur wenige Wochen später rückte unsere Parteiführung, für viele ebenso überraschend, von der klaren Absage  
9 einer erneuten Großen Koalition ab. Mit Ängsten, die auch nun wieder für die Wahl des Duos zum Parteivorsitz  
10 heraufbeschworen werden, wurde versucht die Mitglieder zu überzeugen.
- 11 Das im März 2018 ausgezählte Mitgliedervotum der SPD, in dem die Mitglieder über den erneuten Eintritt in  
12 die GroKo abstimmen durften, endete mit 66,02 Prozent „Ja“-Stimmen enttäuschend. Der Weg in die dritte  
13 GroKo unter Kanzlerin Angela Merkel wurde somit geebnet.
- 14 NEIN zur Großen Koalition, JA zu Aufbruch und gesellschaftlichem Fortschritt
- 15 Seit 1998 hat die SPD etwa die Hälfte ihrer Wähler\_innenschaft verloren. Damit einher ging auch ein massiver  
16 Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust. Dieser ist sicherlich zum einen auf falsche politische Schwerpunkt-  
17 setzung zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die mangelnde Unterscheidbarkeit zur Union. Wir Jusos  
18 waren und sind uns sicher: Die SPD muss ihr Profil schärfen, um dieses verlorene Vertrauen zurückzugewin-  
19 nen. Ein schlichtes Ausbessern der Fehler, Aussitzen der gesellschaftlichen Diskussionen und Wegducken vor  
20 grundlegenden Veränderungen wird nicht mehr funktionieren.
- 21 Natürlich enthält der ausgehandelte Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU an manchen Stellen ei-  
22 ne sozialdemokratische Handschrift und manifestiert Verbesserungen. Beispielsweise sei die Gebührenfrei-  
23 heit von Kindertagesstätten, der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, eine Investitionsoffensive für Schu-  
24 len in Schulinfrastruktur, die Mindestausbildungsvergütung und der Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes ge-  
25 nannt.
- 26 Was uns fehlt sind große Antworten auf die drängenden Probleme unserer Zeit: Rente, Pflege, Steuerpolitik,  
27 Arbeit 4.0, Digitalisierung, Klimawandel und Energiewende.
- 28 Große gesellschaftliche Veränderungen benennt der Koalitionsvertrag keine- viele Vorhaben kratzen lediglich  
29 an der Oberfläche. Dass wir eine Wirtschaft geschaffen haben, die eine extreme globale Ungleichheit zur Folge  
30 hat und die Schere zwischen Arm und Reich weiter manifestiert wird weder erkannt noch bekämpft.
- 31 Unser Kampf für mehr Gerechtigkeit, den wir im vergangenen Wahlkampf zur Maxime unseres Programms  
32 und Handels gemacht haben, trägt im Koalitionsvertrag keine Früchte. Weder die Erhöhung des Spitzensteu-

33 ersatzes, noch die Reichensteuer finden Einzug in das Papier, dabei konzentriert sich Vermögen immer starker  
34 in den Händen Weniger.

35 Auf die wohl drängendste Frage unserer Zeit, den Klimawandel, fehlt eine progressive, sozialökologische Ant-  
36 wort. Erneut gelingt es nicht, eine grundsätzliche Wende in der Verkehrspolitik herbeizuführen. Bloße Lip-  
37 penbekenntnisse sind schon lange nicht mehr ausreichend, konkrete Maßnahmen fehlen und wesentliche  
38 Fortschritte im Tierschutz und Bodenschutz werden verpasst.

39 Der Koalitionsvertrag ist überschrieben mit „Ein neuer Aufbruch für Europa“ und diesem Themenbereich wur-  
40 de auch prominent der erste Platz im Vertrag gewidmet. Gerade mit den Forderungen eines neuen, sozialen  
41 Europas haben die Befürworter\*innen für diese Koalition geworben. Tatsächlich enthält der Vertrag auch den  
42 Ausbau des Programms „Erasmus“ und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Laut Vertrag soll gegen  
43 Steuerdumping auf internationaler Ebene vorgegangen, und europäische Mindeststandards eingeführt wer-  
44 den. Was fehlt, ist ein neuer wirtschaftspolitischer Ansatz, dass für das Unternehmen das Land des Gewinns  
45 auch das Land der Besteuerung sein soll. Es fehlt auch das klare Bekenntnis zu transnationalen Listen und dem  
46 Spitzenkandidat\*innenprinzip bei Europawahlen, was uns bei den Europawahlen 2019 auf die Füße gefallen  
47 ist.

48 Leider wurden von den Forderungen für ein soziales Europa des Zusammenhalts bisher keine maßgeblichen  
49 Entscheidungen getroffen und Veränderungen herbeigeführt.

50 Auch von einem Neustart im Gesundheitswesen und in der Pflege, für den wir im Wahlkampf massiv geworben  
51 haben, müssen wir Sozialdemokratinnen weiter träumen. Die Bürger\*innenversicherung findet keinen Einzug  
52 in den Koalitionsvertrag und die Zwei-Klassen-Medizin besteht fort.

53 Trotz der weitreichenden Veränderungen unseres Arbeitsmarktes aufgrund der Digitalisierung, werden keine  
54 wesentlichen Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt herbeigeführt. Die sachgrundlose Befristung von Arbeits-  
55 verträgen bleibt bestehen, es gibt keine Verbesserungen rund um die Leiharbeit, Werksarbeit und Plattform-  
56 arbeit und auch keine armutsfeste Erhöhung des Mindestlohns. Es fehlt die Ausbildungsplatzgarantie, die Re-  
57 duzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, die Stärkung von Tarifverträgen und die Herstellung der  
58 wirtschaftlichen Geschlechtergerechtigkeit durch ein Entgeltgleichheitsgesetz.

59 Für uns Jusos bedeutet #SPDerneuern bestehende Ungerechtigkeiten nicht mehr nur zu benennen, sondern  
60 zu bekämpfen. Wir möchten uns nicht mehr mit halbstarken Kompromissen zufriedengeben, sondern uns  
61 von der Union deutlich abgrenzen. Wir möchten die SPD nach links rücken und sag denen rechten Kräften den  
62 Kampf an. Dazu gehört für uns auch, keiner rechten Partei die Oppositionsführung zu überlassen. Wir wollen  
63 weg von einem überholten Politikstil aus alten Zeiten und keine Wiedereinführung des Heimatministerium  
64 mittragen müssen.

65 Damit ist klar: eine Große Koalition, die die wichtigen Fragen unserer Zeit ignoriert und einen Aufbruch verhin-  
66 dert, lehnen wir ab. Klar ist aber auch, dass wir das innerparteiliche Votum respektieren und mittragen. Wir  
67 sehen unsere Aufgabe darin, die handelnden Akteur\*innen dieser Koalition kritisch aber stets wertschätzend  
68 zu begleiten.

69 Wo wir innerparteilich nach zwei Jahren in der Großen Koalition stehen

70 Der niederschmetternde Ausgang der Europawahl, bei dem die SPD nur 16 Prozent der Wähler\*innenstimmen  
71 auf sich vereinen konnte, zeigt den aktuellen Zustand der SPD in diesem Land. Gerade bei Jung- und Erstwäh-  
72 ler\*innen haben wir massiv schlecht abgeschnitten und uns von den Grünen die Stimmen wegnehmen lassen.  
73 Diese Wahlschlappe ist primär auf die fehlende politische Sichtbarkeit bei Themen wie

74 Klimaschutz oder in der Netzpolitik zurückzuführen. Hier ist es uns erneut nicht gelungen radikal und sichtbar  
75 zu sein. Auch unser Handeln rund um Art. 13 innerhalb der Urheber\*innenrechtsreform hat junge Menschen  
76 enttäuscht und die SPD nicht als Teil der Lösung dargestellt. Die von alteingesessenen Genossen gestartete  
77 Personaldebatte um den SPD Vorsitz, noch während des Wahlkampfes, war unsolidarisch und schädlich für das  
78 Ansehen der gesamten Partei. Der Rücktritt von Andrea Nahles Anfang Juni hat nicht nur die programmatischen  
79 und strategischen Defizite der Partei offengelegt, sondern auch den unsolidarischen Umgang miteinander  
80 und im Besonderen dem Führungspersonal gegenüber. Die Amtszeit der ersten Frau an der Spitze der SPD  
81 endete nach nur 13 Monaten und markierte einen weiteren Tiefpunkt der Sozialdemokratie in Deutschland.

82 Andererseits ist das Wahlergebnis auch eine weitere Folge des anhaltenden Glaubwürdigkeitsproblem der  
83 SPD, das durch den Verbleib in der Große Koalition manifestiert wird.

84 In der kurzen Amtszeit von Andrea ist es ihr zu Beginn des Jahres 2019 gelungen, ein Konzept für einen neu-  
85 en Sozialstaat vorzulegen. Wir Jusos wissen, dass ein verantwortungsvoller Sozialstaat Sicherheit im Wandel  
86 geben muss und wir ein Sicherungssystem brauchen, dass die Empfänger\*innen nicht weiter stigmatisiert.  
87 Deshalb begrüßen wir, dass sich die Partei unter Andrea der Forderung der Jusos angeschlossen hat, Hartz IV  
88 endlich zu überwinden und die Lebensleistung der Menschen anzuerkennen.

89 Für uns Jusos bedeutet das, dass der vorübergehende Bezug des Bürgergeldes sich nicht sofort auf den Wohn-  
90 ort auswirken darf oder Menschen zwingen kann, das Gesparte aufzubrechen. Sinnwidrige Sanktionen ge-  
91 hören abgeschafft und durch Anreize ersetzt. Weitere wichtige Pfeiler dieser inhaltlichen Linkswende sind die  
92 Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 14,00 Euro, das Recht auf Weiterbildung, die gleiche Entlohnung  
93 für gleiche und gleichwertige Arbeit, die Anerkennung der Lebensleistung und die Einführung der armutsfesten  
94 Kindergrundsicherung. Hier sehen wir die Partei endlich auf dem richtigen Weg. Wir bekennen uns weiterhin  
95 zu den Grundfeilern unseres Sozialstaatsversprechens: Arbeit, Solidarität, und Menschlichkeit.

96 Doch auch für ein würdevolles Leben im Alter muss gesorgt sein: Immer mehr Rentnerinnen und Rentner leben  
97 in Altersarmut. Das Ziel unserer Politik muss es aber sein, genau das zu verhindern. Daher unterstützen wir das  
98 Konzept der Grundrente, das Hubertus Heil in diesem Jahr vorgelegt hat. Hierbei fordern wir die SPD auf, weiter  
99 gegen eine stigmatisierende Bedürftigkeitsprüfung anzukämpfen, um die Lebensleistung der Rentner\*innen  
100 zu honorieren.

101 Wo die Große Koalition nach zwei Jahren steht

102 Laut einer Stiftung der Bertelsmann Stiftung hält die GroKo bisher in den meisten Fällen, was sie verspricht.  
103 Nach knapp zwei Jahren Regierungstätigkeit hat sie bereits 61 Prozent ihrer Versprechen aus dem Koalitions-  
104 vertrag vollständig oder teilweise umgesetzt oder zumindest substantiell in Angriff genommen. Das ist deutlich  
105 mehr als ihre Vorgängerregierung zur Halbzeit geschafft hatte (49 Prozent). Sie machten insgesamt 296 „ech-  
106 te“ Koalitionsversprechen aus. So bezeichneten die Forscher Vorhaben, deren Erfüllung anhand empirischer  
107 Kriterien überprüfbar ist. Demnach finden sich 73 Wahlversprechen und damit fast ein Viertel aller Vorha-  
108 ben ausschließlich im Wahlprogramm der SPD. Nur 32 Versprechen gehen allein auf das Wahlprogramm von  
109 CDU/CSU zurück. 46 Vorhaben sind in den Programmen beider Parteien zu finden.

110 Wir erkennen an, dass die Große Koalition bereits viele Versprechen umgesetzt hat. Bei der Umsetzung wurde  
111 jedoch oft ein lascher Kompromiss verhandelt. Beispielsweise die Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG),  
112 die auf Initiative der Jusos von der SPD in den Koalitionsvertrag verhandelt wurde, ist an vielen Stellen unbe-  
113 friedigend. Die Einführung der Mindestausbildungsvergütung ist ein voller Erfolg: Nichtsdestotrotz sehen wir  
114 Nachholbedarf was die Höhe der Vergütung anbelangt. Wir halten an unserer Forderung von 660 € im ers-  
115 ten Ausbildungsjahr fest, da dies der aktuellen Rechtsprechung entspricht. Sehr kritisch sehen wir auch die  
116 Öffnungsklausel, die eine Unterschreitung der Tarifverträge ermöglicht. Auch die Frage der Übernahmerege-  
117 lung wurde völlig aus den Augen verloren. Viel zu oft wissen junge Menschen am Ende ihrer Ausbildung nicht  
118 wie es weiter geht. Zahlen des DGB Ausbildungsreports 2018 zeigen, dass rund 38% der Auszubildenden im  
119 letzten Ausbildungsjahr nicht wissen, ob eine Übernahme ansteht oder nicht. In Zeiten, in denen der Fachkräf-  
120 temangel immer lauter bekämpft wird, ist das ein Armutszeugnis. Auch die Hoffnung, dass die BBiG-Novelle  
121 die Auszubildenden und Dual-Studierenden in den Mittelpunkt rückt, wurde nicht erfüllt. Die Ausbildung kann  
122 nur zukunftsfest gemacht werden, wenn die Attraktivität der Ausbildung steigt. Am Beispiel des BBiGs soll ver-  
123 deutlicht werden, dass erzielte Kompromisse der Großen Koalition oft nur an der Oberfläche kratzen und die  
124 bestehenden Widersprüche nicht auflösen.

125 So auch bei dem von der SPD erstrittenen Recht auf Brückenteilzeit. Nur wer in einem Unternehmen ab 45  
126 Mitarbeiter\*innen länger als sechs Monate beschäftigt ist, kann den Anspruch auf Teilzeit wahrnehmen. Dabei  
127 ist die Brückenteilzeit für Frauen\* in kleineren Betrieben mindestens genauso attraktiv- Wir möchten für alle  
128 Frauen\* die gleichen Chancen schaffen, unabhängig von der Größe ihres Betriebes.

129 Die SPD darf sich innerhalb der Große Koalition nicht mit halbherzigen Kompromissen zufrieden geben.  
130 Wer die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Aufbruchs und eines Zukunftsprojekt für unsere Gesellschaft  
131 sieht, kann sich nicht damit zufriedengeben. Und die SPD kann sich nicht damit zufriedengeben, gemeinsam  
132 mit der Union der Reparaturbetrieb für die schlimmsten Auswuchse der gesellschaftlichen Widersprüche zu

133 sein.

134 Das Image der Großen Koalition

135 Obwohl die Große Koalition viele der Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einlöst, ist das Image der GroKo  
136 schlecht: Sowohl CDU/CSU als auch SPD fallen seit Monaten weiter in den Umfragewerten ins Bodenlose.  
137 Grund dafür, sind unter anderem die ständigen Konflikte, die in der öffentlichen Wahrnehmung noch immer  
138 vorherrschen.

139 Horst Seehofer hielt das Land im vergangenen Jahr mit seinen Äußerungen zur Asylpolitik in Geiselaft- den  
140 menschlichen Tiefpunkt markierte sein 69. Geburtstag im Juli, an dem sich Seehofer nach Wochen des inter-  
141 nen Streits mit Merkel und der SPD über 69 Abschiebungen nach Afghanistan freute. Ein Verhalten, dass einem  
142 Bundesinnenminister nicht würdig ist. Spätestens nach den unsäglichen Äußerungen des ehemaligen Chef des  
143 Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Hans Georg Maaßen, die zunächst von Horst Seehofer verharmlost  
144 werden, offenbart sich die konservative, populistische Gesinnung des Innenministers. Wir Jusos haben uns  
145 dem Kampf gegen rechts verschrieben und tolerieren auch weiterhin keine Verschiebung des Diskurses nach  
146 rechts. Sei es bei kruden Verschwörungstheorien á la Maaßen oder bei Asylrechts beschneidenden Forderun-  
147 gen von Horst Seehofer: Wir dulden keine Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung oder Spalterei in dieser Großen  
148 Koalition. Hätte sich die SPD bereits an dieser Stelle ehrlich verhandelt, wäre ein Austritt aus dieser Koalition  
149 der einzig richtige Schluss gewesen.

150 Der zunehmende Rechtsruck in vielen ostdeutschen Ländern spaltet nicht nur das Land, sondern auch inner-  
151 halb der Großen Koalition. Sowohl in Brandenburg, als auch in Sachsen, wurde die AfD zweitstärkste Kraft. Für  
152 uns Jusos gilt immer und überall: Keine Koalition mit rechten Parteien. Wir fordern den Koalitionspartner CDU  
153 auf, sich endgültig und abschließend von Koalitionen mit der AfD auf allen politischen (auch kommunalen)  
154 Ebenen zu distanzieren. Eine Koalition mit der AfD auf Landesebene bedeutet für uns das sofortige Ende der  
155 Großen Koalition aus Bundesebene.

156 Die Große Koalition hat sich verstärkt für die institutionelle, kontinuierliche Förderung der Arbeit gegen rechts  
157 einzusetzen und die Demokratieförderung mit zusätzlichen Geldern voranzutreiben.

158 Fazit

159 Eine politische Aufbruchsstimmung ist weder im Koalitionsvertrag, noch im Regierungshandeln zu finden. Den  
160 umgesetzten Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ist anzumerken, dass Union und SPD darum gerungen  
161 haben, jeweils möglichst viel ihrer Programme durchzusetzen, um sich dann in einem halbherzigen Kompro-  
162 miss zu treffen. Dabei ist der Anspruch, große gesellschaftliche Ungerechtigkeiten auszuräumen, verloren ge-  
163 gangen. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass der Eintritt in die GroKo ein politischer Fehler war.

164 Für uns ist aber klar, dass wir diese Koalition nun nicht aus parteipolitischen Kalkül verlassen sollten. Für uns  
165 stehen die Themen im Mittelpunkt, die noch gemeinsam mit der Union umzusetzen sind. Unsere roten Linien  
166 sind die zeitnahe Ausarbeitung eines konsequenten Klimaschutzgesetzes, die Einführung der Grundrente oh-  
167 ne Bedürftigkeitsprüfung und die Verabschiedung der Mindestausbildungsvergütung in Höhe von mindestens  
168 660,00 Euro im ersten Lehrjahr.

169 Wir fordern einen Fahrplan der GroKo bis zum Bundesparteitag der SPD in Dezember, der die Vorhaben in  
170 den nächsten zwei Jahren zeitlich einordnet und vorgibt. Sollten Stillstand und Streit überwiegen und die Um-  
171 setzung der o.g. Forderungen unmöglich machen, setzen wir uns für einen Austritt aus der Großen Koalition  
172 ein.

173 Wir wollen das Profil der SPD inhaltlich so schärfen, dass wir uns bei zukünftigen Wahlen mit einem visionären  
174 linken Programm von der Union deutlich abgrenzen und für linke Mehrheiten antreten. Dafür gilt es nun die  
175 Gemeinsamkeiten im linken Spektrum zu evaluieren und auszubauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die SPD  
176 ein neues Grundsatzprogramm verfasst, an dem die Basis von Beginn an früh beteiligt wird.

177 Doch auch der Umgang mit jüngeren Genossinnen und Genossen hat gezeigt, dass die gewünschte Erneue-  
178 rung noch nicht stattgefunden hat. Debatten die von uns Jusos angestoßen werden, wie die Debatte rund um  
179 die Verstaatlichung des Kapitals großer Unternehmen, dürfen in Zukunft nicht mehr von Teilen der Partei her-  
180 ablassend abgetan werden. Ein neuer Politikstil, in dem man sich achtet und schätzt, ist noch lange nicht in  
181 allen Ebenen und Köpfen verankert. Auch hier gilt: Die Zeit der selbstauferlegten Denkverbote muss vorbei  
182 sein.

- 183 Auch im Saarland setzen wir uns dafür ein, dass die Delegierten zum Bundesparteitag der SPD jünger werden  
184 und einen neuen, offenen Politikstil verkörpern. Dafür unterstützen wir Kandidaturen aus den Reihen der Jusos  
185 und des linken Parteispektrums.
- 186 Wenn es um Fragen der gerechten Umverteilung, der Arbeitsplatzsicherung in der digitalisieren Welt und der  
187 dringenden Verschärfung des Umweltschutzes geht, können nur linke Bündnisse die nötigen Antworten ge-  
188 ben.